

Wochenendplauderei

Knappe Finanzen, verhärtete Fronten



Patrick Hülshager

Von Patrick Hülshager

Der Haushalt der Stadt rückt immer mehr in den Mittelpunkt. Zwar geht es diesem schon lange nicht gut, doch nun kommen die Auswirkungen immer mehr ans Tageslicht. Beim Schulcampus muss abgespeckt werden, die CDU sieht beim Königsplatz keinen Spielraum für eine Befragung. Und auch an anderer Stelle in der aktuellen Sitzungsstaffel wurde auf kein Geld im Haushalt hingewiesen. Die klamme Kasse schnürt immer weiter ein, macht die Stadt an vielen Stellen fast schon handlungsunfähig. Auf Stadt und Politik kommen in den kommenden Jahren wahrscheinlich heftige Einschnitte zu. Sie werden zu Entscheidungen gezwungen, die beim Bürger sicherlich nicht gut ankommen werden.

Da verwundert es den gemeinen Bürger doch schon sehr, dass die Stadt ein großzügiges Geschenk nicht annehmen will. Die Behindertensportgemeinschaft (BSG) plant ohne städtische Mittel ein Lernschwimmbad. Für die Stadt gibt es eigentlich nur Vorteile. Keine Kosten, zusätzliche Kapazitäten für Schwimmkurse und die weggefallenen Zeiten durch die Schließung des Bades auf der Karthaus sind ebenfalls aufgefangen. Doch die Stadt will mit aller Macht ihren Anbau am düb durchdrücken. Und nun sind die Fronten verhärtet. Die BSG nennt das städtische Angebot unverschämt, der Bürgermeister und der düb-Beirat kritisieren die Äußerungen des BSG-Vorsitzenden in der DZ-Berichterstattung.

Dass der BSG-Vorschlag sorgfältig geprüft und beraten werden muss, steht außer Frage. Und dass die Stadt ein Interesse an der Erhaltung oder auch Stärkung des dübs hat, ist ebenfalls nachvollziehbar. Doch was kommt, wenn das Bad, das jährlich ein Minus einführt, womöglich irgendwann dem Spardiktat zum Opfer fallen muss? Dann stünde Dülmen womöglich ohne Wasserflächen für die Schwimmbildung dar.

Dabei geht es aber nicht nur um die Frage der Wasserflächen und der Angebote für Schwimmkurse und Wassergymnastik. Es wird der Tag kommen, dass Entscheidungen dem Wähler präsentiert werden müssen. Und welche Parteien von schlechten Nachrichten oder für den Bürger nicht nachvollziehbaren Entscheidungen profitieren, haben die jüngsten Wahlen gezeigt.

An die Bürger denken